

SICHERHEITZENTRUM

Grusswort der Regierung zum Tag der offenen Tür

Geschätzte Einwohnerinnen und Einwohner

Ich lade Sie im Namen der Regierung heute am 13. März 2004 recht herzlich ein zum Tag der offenen Tür im Sicherheitszentrum in Vaduz, welches sich aus dem Ausländer- und Passamt, der Landespolizei,



dem Untersuchungsgefängnis sowie der Motorfahrzeugkontrolle zusammensetzt. Der Tag der offenen Tür bietet Ihnen die Gelegenheit, sich im Hinblick auf die bevorstehende Referendumsabstimmung vom 2./4. April 2004 umfassend und aus erster Hand über die verschiedenen Amtsstellen und ihre Aufgaben sowie die zukünftigen Anforderungen zu informieren. Die beteiligten Amtsstellen haben nichts zu verbergen und werden die tatsächlich vorherrschenden Verhältnisse auch nicht verändert darstellen – Sie erhalten einen umfassenden Einblick in das Tagesgeschäft!

Neben freien Besichtigungen, Fachinformationen und Führungen haben Sie auch Gelegenheit, verschiedene Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen: Das Ausländer- und Passamt und die Motorfahrzeugkontrolle bieten u.a. einen reduzierten Schalterbetrieb an. So besteht z. B. die Möglichkeit, beim Ausländer- und Passamt kostenlos die falsch codierten Pässe umzutauschen oder bei der Motorfahrzeugkontrolle die blauen Führerscheine gegen Entgelt in die neuen Führerscheine (Führerschein im Kreditkartenformat) umzutauschen.

Die Regierung ist überzeugt, dass mit diesem Tag der offenen Tür ein wichtiger Beitrag zur öffentlichen Diskussion geleistet wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich auf Ihren Besuch und werden Ihnen kompetent für Auskünfte zur Verfügung stehen. Nutzen Sie die Gelegenheit!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Alois Ospelt
Regierungsrat

Blosse Gerüchtemacherei

Landtagsanfrage des VU-Abgeordneten Alexander Marxer zu Polizeikontrollen

VADUZ – Im Vorfeld der Abstimmung über die Erweiterung des Sicherheitszentrums wird offensichtlich mit allen Mitteln versucht, das Thema Sicherheit zu verpolitisieren. Was dem VU-Abgeordneten Alexander Marxer betreffend Polizeikontrollen alles «zu Ohren» gekommen sein soll, hat sich jedenfalls als blosse Gerüchtemacherei erwiesen.

• Martin Frommelt

Innenminister Alois Ospelt hat bei der Beantwortung der Anfrage von Alexander Marxer deutlich dementiert, dass die Regierung der Polizei irgendwelche Weisungen erteilt habe, bis nach der Abstimmung vom 2. und 4. April keine Kontrollen mehr durchzuführen und gar keine Bussen mehr zu verschicken.

«Es gibt keine Weisung!»

Auf die konkrete Frage von Marxer, wie viele Kontrollen von der Landespolizei im Februar und März dieses Jahres bereits durchgeführt worden sind, sagte Alois Ospelt:

«Die Landespolizei hat den gesetzlichen Auftrag, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Hierzu gehört auch eine umfassende Präventionsarbeit im Verkehrsbereich, z. B. in Form

von Verkehrskontrollen. Diesen Auftrag wird die Landespolizei sowohl bis als auch nach der Referendumsabstimmung zum Sicherheitszentrum wahrnehmen. Eine Weisung der Regierung, bis nach der Abstimmung keine Kontrollen mehr durchzuführen oder keine Bussen mehr zu verschicken, existiert nicht. Hier handelt es sich offensichtlich um eine Falschinformation. Abgesehen davon kann die Frage in der gestellten Form nicht beantwortet werden. Einerseits ist die Datenerfassung des Monats März 2004 logischerweise noch nicht abgeschlossen, andererseits ist eine korrekte Vergleichsbasis aufgrund der Unvollständigkeit des Datensatzes des Monats März 2004 im Vergleich zum vollständigen Datensatz des Monats März 2003 nicht gegeben. In diesem Zusammenhang kann jedoch festgehalten werden, dass die Landespolizei in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres insgesamt 212 Mannstunden für Verkehrskontrollen aufgewendet hat.

50 Prozent weniger Unfälle

Marxer wollte auch wissen, wie viele Kontrollen von der Landespolizei im gleichen Zeitraum des Vorjahres durchgeführt worden sind. Dazu Alois Ospelt:



«Es ist mir zu Ohren gekommen, dass ...»: Alexander Marxer (VU).

«Die Landespolizei hat im gleichen Zeitraum des Jahres 2003 insgesamt 328 Mannstunden und im gleichen Zeitraum des Jahres 2002 insgesamt 227 Mannstunden für Verkehrskontrollen aufgewendet. Viel wichtiger als der Vergleich dieser Zahlen ist jedoch die Auswertung der Verkehrsunfälle in denselben Zeiträumen. Vergleicht man die Kontrolltätigkeit der Landespolizei mit den Unfallzahlen, so sind die Auswirkungen klar ersichtlich. Die Erfahrung sowie die Statistik zeigen, dass die Verkehrsunfallzahlen jeweils in den Monaten

nach einer Kontrollaktion sinken. Dadurch lässt sich belegen, dass jede Kontrollaktion in den darauf folgenden Monaten weniger Unfälle zur Folge hat. Im Fall der im Dezember 2003 öffentlich angekündigten verstärkten Präventionsarbeit, welche aufgrund der fünf tödlichen Verkehrsunfälle im letzten Jahr notwendig wurde, ist eine Abnahme der Verkehrsunfälle um 50 Prozent im Januar 2004 im Vergleich zum Dezember 2003 feststellbar. Gleichzeitig wird damit auch weniger aktive Kontrolltätigkeit notwendig. Ein solches Ergebnis war im vergleichbaren Zeitraum 2003 leider nicht möglich, da eine verstärkte Präventionsarbeit im Dezember 2002 nicht stattgefunden hat.»

Und noch ein Gerücht ...

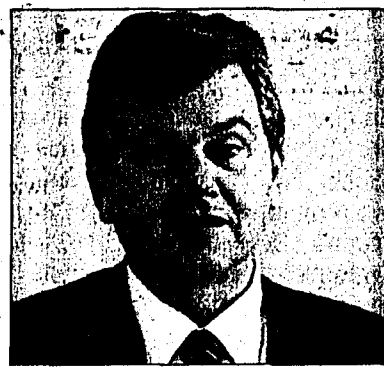
Schliesslich wollte Marxer aufgrund des ihm zu Ohren gekommenen Gerüchts, dass derzeit keine Bussen verschickt werden, wissen, wie viele Bussen im Februar und März dieses Jahres im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres verschickt worden sind. Die Antwort von Regierungsrat Alois Ospelt: «Vom 1. Februar 2004 bis 11. März 2004 wurden insgesamt 1034 Bussen verschickt. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2003 wurden 1426 Bussen verschickt.»

Offensichtliche Falschinformation

Landtagsanfrage des VU-Abgeordneten Erich Sprenger zum Tag der offenen Tür

VADUZ – Auch die Landtagsanfrage des VU-Abgeordneten Erich Sprenger zum Tag der offenen Tür beim Sicherheitszentrum erwies sich als haltlose Gerüchtemacherei. Die von Sprenger in den Raum gestellte angebliche Manipulation wurde von Regierungsrat Alois Ospelt deutlich zurückgewiesen.

• Martin Frommelt



Nichts als Gerüchte und Falschinformationen: Erich Sprenger (VU).

«Dem Vernehmen nach», so Erich Sprenger, sollen für diesen Tag sämtliche Kräfte der Polizei aufgeboten worden sein, um den Eindruck einer Überbelegung erzeugen zu können und künstlich eine komplett unrealistische Situation darzustellen. Ihm sei ausserdem sogar «zu Ohren gekommen», so Sprenger weiter, dass extra ganze Berge von Ordnern und Akten in die Gänge gebracht worden seien, um künstlich den Eindruck von Platzmangel zu erzeugen. «Alles nicht wahr», so Regierungsrat Alois Ospelt.

Keine Manipulation durch Amtsstellen

Regierungsrat Alois Ospelt zu Sprengers Frage, ob für den Tag der offenen Tür sämtliche Polizeikräfte aufgeboten wurden:

«Der Tag der offenen Tür bietet der Bevölkerung die Gelegenheit, sich im Hinblick auf die bevorstehende Referendumsabstimmung vom 2./4. April 2004 umfassend und aus erster Hand über die involvierten Amtsstellen und ihre Aufgaben sowie die zukünftigen Anforderungen zu informieren. Die Bevölkerung soll einen realistischen Einblick in das Tagesgeschäft der einzelnen Amtsstellen bekommen. Deshalb ist die Regierung überzeugt, dass eine direkte Kommunikation vor Ort zwischen der Bevölkerung und den jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedeutend zielführender ist, als wenn die Besucherinnen

und Besucher leer stehende Räumlichkeiten ohne Erklärung besichtigen würden. Dies würde eindeutig nicht einem realen Zustand entsprechen. Die beteiligten Amtsstellen haben nichts zu verbergen und werden die tatsächlich vorherrschenden Verhältnisse auch nicht manipulieren. Aus diesem Grund ist die Aussage, dass Berge von Ordnern, z.B. in das Polizeigebäude geschleppt werden sollen, eine Falschaussage bzw. eine Falschinformation. Am Tag der offenen Tür werden die meisten Mitarbeiter/-innen der Landespolizei anwesend oder im regulären Dienst eingeteilt sein. Die Aussage, dass für den Tag der offenen Tür sämtliche Polizeikräfte aufgeboten wurden, ist aus mehreren Gründen nicht korrekt: Erstens verfügt die Landespolizei über 76 Polizeibeamte und 27 Zivilangestellte und nicht nur über Polizeikräfte. Zweitens wurde verschiedenen Mitarbeiter/-innen und Mitarbeitern Dispens erteilt. Drittens befinden sich zahlreiche Mitarbeiter/-innen im regulären Dienst.»

Nicht alle Mitarbeiter zum Tag der offenen Tür aufgeboten

Auf Sprengers Frage, wie viele der aufgebotenen Polizisten normalerweise an diesem Tag keinen Dienst hätten, sagte Alois Ospelt: «Die Frage kann in der gestellten Form nicht beantwortet werden. In diesem Zusammenhang kann jedoch

festgehalten werden, dass am Samstag, 13. März 2004, rund 62 Mitarbeiter/-innen der Landespolizei in die Organisation des Tages der offenen Tür mit eingebunden sind.»

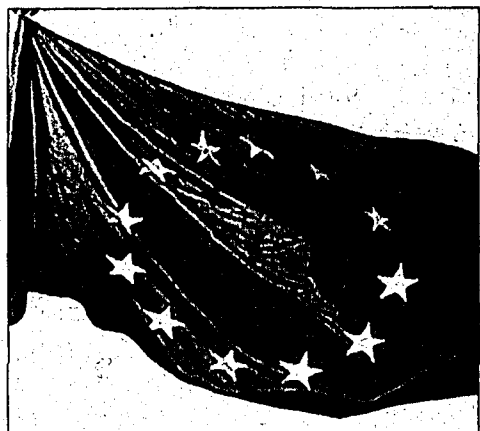
Es entstehen keine zusätzlichen Personalkosten

Erich Sprenger stört sich offensichtlich auch daran, dass verschiedene Amtsstellen an diesem Tag der offenen Tür Mitarbeiter einsetzen, jedenfalls wollte er wissen, wie hoch die für diesen Tag anfallenden Personalkosten sind. Regierungsrat Alois Ospelt konnte auch hier Entwarnung geben: «Das Ausländer- und Passamt und die Motor-

fahrzeugkontrolle bieten am Tag der offenen Tür verschiedene Dienstleistungen und einen reduzierten Schalterbetrieb an, welche auch während der Woche in Anspruch genommen werden können. So besteht z. B. die Möglichkeit, beim Ausländer- und Passamt kostenlos die falsch gedruckten Pässe umzutauschen oder bei der Motorfahrzeugkontrolle die blauen Führerscheine gegen Entgelt in die neuen Führerscheine (Führerschein im Kreditkartenformat) umzutauschen. Es entstehen für keine Amtsstelle zusätzliche Personalkosten, da die geleistete Dienstzeit im Verlauf des Jahres wieder kompensiert wird.»

EUROPARAT

Dialog mit dem Europarat über die Verfassung ab 2005



VADUZ – Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 26. Januar 2004 beschlossen, kein Monitoring gegen Liechtenstein einzuleiten, sondern mit Liechtenstein in einen Dialog zu treten. Der Dialog des Europarates mit Liechtenstein findet voraussichtlich nach den Landtagswahlen 2005 statt. Die Modalitäten dieses Dialogs sollen zwischen Ende August und Dezember 2004 zwischen Präsident Peter Schieder und Landtagspräsident Klaus Wanger besprochen und danach vom Büro der Parlamentarischen Versammlung beschlossen werden. Der Dialog selbst ist für das Frühjahr 2005 vorgesehen. Landtagspräsident Klaus Wanger wurde über diese in der Bürositzung der Parlamentarischen Versammlung am 1. März 2004 in Paris beschlossene Vorgangsweise von Präsident Peter Schieder am 9. März in Kenntnis gesetzt. (pafl)

ANZEIGE



Information der Regierung zum NBU-Referendum

Warum will die Regierung ausgerechnet bei Sozialleistungen sparen?

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind über die Nichtberufsunfallversicherung NBU für «Freizeitunfälle» versichert. Die Subvention von einem Drittel der Prämie kommt nur Arbeitnehmern zugute und begünstigt höhere Einkommen mehr als niedrige. Ein wesentlicher Teil der Millionen-subvention fliesst ins Ausland.

Der Staat hat im Sozialbereich wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als eine Freizeitversicherung zu subventionieren. Gemessen an den Ausgaben ist der Sozialbereich die wichtigste Aufgabe des Landes. Diese Ausgaben wachsen auch am schnellsten. Eine nachhaltige Entwicklung des Sozialwesens in der Zukunft erfordert dort Korrekturen, wo das soziale Ziel fragwürdig ist.

Antwort auf Ihre Fragen erhalten Sie unter der
Telefon-Hotline +423 / 236 64 64
nbu@avw.llv.li • www.avw.llv.li